

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 17.07.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Claudia Haydt
18.07.2017

Kampf um die Demokratie

In Südkorea ist die politische Linke starken Repressionen ausgesetzt. Zahlreiche Aktivisten sitzen im Gefängnis



Hang Sang Gyun, der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbands KCTU, im Dezember 2015 in Seoul

Foto: YANG JI-WOONG/EPA/dpa

Während des G-20-Gipfels vergangene Woche lächelte Südkoreas neugewählter Präsident Moon Jae In für ein Gruppenbild mit Donald Trump und dem japanischen Präsidenten Shinzo Abe in die Kameras. Unterdessen protestierten in Seoul Tausende für die

Freilassung der politischen Gefangenen im Land. Sie erhielten dafür internationale Unterstützung – auch aus Deutschland.

Unter der Präsidentschaft von Moons Amtsvorgängerin Park Geun Hye hatte der Staat sein Vorgehen gegen Oppositionelle verschärft. Ihre Regierungszeit ließ Erinnerungen an die bis Ende der 1980er Jahre dauernde Diktatur aufkommen. Schon ihre Wahlkampagne war geprägt von Skandalen: So beeinflusste der Geheimdienst die Diskussionen in »sozialen Medien« zu ihren Gunsten. Parks politische Gegner landeten nach ihrem Wahlsieg auf schwarzen Listen, zudem wurden Privatisierungen brachial vorangetrieben. Korruptionsskandale brachten jedoch auch »unpolitische« Menschen gegen Park auf. Schließlich war die Wut so groß, dass Millionen monatelang ihrem Protest mit »Kerzenscheindemonstrationen« Ausdruck verliehen. Im März wurde Park des Amtes enthoben und in Untersuchungshaft genommen, gegenwärtig steht sie wegen Bestechlichkeit vor Gericht.

Doch auch die Opfer ihrer Politik sitzen nach wie vor im Gefängnis. Unter ihnen befinden sich Gewerkschafter wie Han Sang Gyun, der Vorsitzende des kämpferischen Dachverbands KCTU. 2014 hatte er Massendemonstrationen gegen die Verschlechterung des Kündigungsschutzes organisiert. Im vergangenen Jahr verurteilte ihn ein Gericht zu einer fünfjährigen Haftstrafe, die schließlich auf drei Jahre reduziert wurde. Auch linke Politiker wie der ehemalige Abgeordnete der 2014 verbotenen Vereinigten Fortschrittspartei (UPP) sind eingesperrt – ebenso Internetaktivisten wie der Betreiber der Internetbibliothek »Bücher der Arbeiter«, dem das Hochladen der Werke von Karl Marx zum Verhängnis wurde. Hunderte Friedensaktivisten und Kriegsdienstverweigerer müssen ihr Dasein ebenfalls hinter Gittern fristen.

Diese Situation veranlasste Inge Höger, Obfrau der Linksfraktion im Menschenrechtsausschuss des deutschen Bundestages, vor knapp zwei Wochen, eine Solidaritätsreise nach Südkorea zu unternehmen. Sie besuchte unter anderem ein Protestcamp gegen das US-Raketensystem THAAD in Seongju im Südosten des Landes. Die Bewohner der Region befürchten Schäden für Gesundheit und Umwelt. Bereits im Dezember 2016 lehnten laut Umfragen 51 Prozent der Südkoreaner die Stationierung ab. Auch die UPP hatte sich immer für Abrüstung und Friedensverhandlungen eingesetzt. Durch ihr Verbot ist eine Leerstelle im Parteiensystem entstanden, die nun einzelne unabhängige Kandidaten und die im Februar 2016 gegründete PUP (People's United Party) zu schließen versuchen. Solange jedoch mit hohen Gefängnisstrafen für linke Politik gerechnet werden muss, ist der Spielraum gering. Südkoreas aus der Zeit der

Militärdiktatur übernommenes »Nationales Sicherheitsgesetz« hängt wie ein Damoklesschwert über den Aktivisten. Mit seiner Hilfe kann der Staat jederzeit gegen Oppositionelle vorgehen, indem er behauptet, dass deren Aktivitäten den Interessen Nordkoreas dienen. Auch deswegen besuchte Inge Höger den verhafteten ehemaligen UPP-Abgeordneten Lee Seok Ki. Im Rahmen eines international scharf kritisierten Prozesses war er Anfang 2014 wegen angeblicher pronordkoreanischer Verschwörungspläne verurteilt worden.

Er soll noch bis 2021 in Isolationshaft sitzen. 23 Stunden am Tag verbringt er in einer nur 2,5 Quadratmeter großen Zelle. Von den bedrückenden Haftbedingungen der politischen Gefangenen konnten sich Höger und andere Interessierte in einer nachgebauten Zelle in der Innenstadt von Seoul ein eigenes Bild machen. Besuch dürfen die Gefangenen maximal für zehn Minuten pro Woche empfangen – von ihm getrennt durch eine Glasscheibe. Auch bei der Visite der Bundestagsabgeordneten war das nicht anders.

Viele der politischen Gefangenen wurden unter willkürlicher Anwendung des »Sicherheitsgesetzes« verurteilt. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International beklagen diesen Zustand – zuletzt vor wenigen Tagen in einer Eingabe an den UN-Menschenrechtsrat. Höger plädierte am 8. Juli in Seoul vor mehreren tausend Demonstrierenden für eine Abschaffung der willkürlichen Sicherheitsgesetze. »Kämpfe für Frieden und gute Arbeitsbedingungen sind keine Verbrechen. Es ist ein Verbrechen, dies zu verbieten!« erklärte sie dort.

Linke Aktivisten in Südkorea haben zudem eine internationale Solidaritätskampagne gestartet, die im Internet aufgerufen werden kann. Darin wird der neugewählte Präsident gebeten, die politischen Gefangenen auf die Liste derjenigen zu setzen, die am 15. August, dem Nationalfeiertag, amnestiert werden.